

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung erfolgt mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4.50 M., durch unsere Kurträger zugutragen in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 6 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 M. mit Zustellungskosten. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie andere Anträge und Geschäftsverträge werden jederzeit bestmöglichst erledigt. Im Falle einer Geschäftsveränderung oder sonstiger Veränderungen bei der Redaktion keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktionspreis 1 M. für die 6 gefaltene Korrespondenz oder deren Raum, Resten, die 2 gefaltene Korrespondenz 2.50 M. Die Wiederholung und Fortsetzung entsprechender Preisnachschüsse. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefaltene Korrespondenz 3 M., Nachweilungsblätter 50 Pf. Tagesgenossenschaft die vierteljährlich 10 M. Für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen die keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Verlag durch Klage eingeklagt werden muß oder der Nachdruck in Anspruch genommen wird.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt  
Besitzer und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 221.

Mittwoch den 21. September 1921.

80. Jahrgang.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Frankreich hat der deutschen Regierung die Zurückziehung der zur Besetzung des Ruhrgebietes bestimmten Truppen angelehnt.
- \* Auf dem sozialdemokratischen Parteitag betonte der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller, die Sozialdemokratie müsse wieder in die preussische Regierung eintreten.
- \* Gegen die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Sanktionen sollen von England in Paris Vorstellungen erhoben worden sein.
- \* Volkstümlicher Kreistag ist zum Vertreter Sowjetrußlands in Deutschland ernannt worden.
- \* Die Schlacht vor Angora hat mit dem Rückzug der Griechen geendet.

## Reibungen.

Von besonders gut unterrichteter Seite wird uns zu den im Verlauf der Berlin-Münchener Angelegenheiten entstandenen Reibungen zwischen der preussischen und Reichsregierung geschrieben:

Seit einigen Tagen ist man in den Streit zwischen Reich und Bayern wieder hineingezogen worden. Von München aus wurde berichtet, daß der preussische Ministerpräsident Stegerwald mit dem Kanzler eine Besprechung über die bayerische Frage hatte, und daß Preußen mit Bayern eine Einheitsfront gegen Dr. Wirth bilde. Herr Stegerwald hat die Mitteilung in dieser Form sofort dementiert: er habe den Reichskanzler zu einer Besprechung über den bayerischen Streitfall aufgesucht, in der er Herr Dr. Wirth gebeten habe, mit Bayern auf der Grundlage der neuen bayerischen Vorschläge (also nicht in der Formulierung durch den bisherigen Ministerpräsidenten Kahr) zu einer Verständigung zu gelangen. Beide, Stegerwald und Wirth, hätten dabei in der Beurteilung der Gesamtlage und der Verständigungsbereitschaft völlig übereingestimmt. Nun wurde die Frage aufgeworfen, wie Herr Stegerwald überhaupt dazu komme, sich in diesen Streitfall zu mischen und dadurch unter Umständen die Reibungsflächen zu vermehren. Nun, dem preussischen Ministerpräsidenten konnte im bayerischen Interesse der Wunsch getrieben haben, dazu beizutragen, daß der Streitfall möglichst rasch beglichen werde. Es liegt aber auch nahe, daran zu denken, daß Preußen in München einen besonderen Vertreter hat, daß dieser fertige Berichte über die dortige Lage und die Stimmungen sendet, und daß in diesen Berichten vielleicht darauf hingewiesen wurde, daß es zweckmäßig wäre, wenn Preußen einen Verständigungsversuch machte. Das ist nur eine Vermutung, aber sie liegt ziemlich nahe.

Ministerpräsident Stegerwald hat Sonntag noch einmal Veranlassung genommen, auf diesen Fall zurückzukommen. Er erklärte ergänzend, daß er sich über die Frage des Ausnahmezustandes in Bayern überhaupt nicht ausgesprochen habe, da dies Preußen nichts angehe, und er betonte mit Nachdruck, daß die jetzige Zeit nicht geeignet sei, Fragen der staatlichen Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Ländern auf die Spitze zu treiben und bis zur endgültigen Klärung zu bringen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Einige Ausleger werden finden, daß sich Stegerwalds Mahnung gegen Bayern, andere, daß sie sich gegen Wirth richten.

War in diesem Falle das Eingreifen des preussischen Ministerpräsidenten mehr platonischer Art, so wurde Preußen recht materiell in den Kampfstrudel gerissen durch einen Bericht des preussischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung Dr. Weismann, den er am 14. September dem Reichskanzler auf dessen Aufforderung gesandt hat. Dr. Wirth hat den Bericht im Überwachungsamt des Reichstages verlesen. Er enthält bezeichnend sensationelle Angaben über Bayern als Justizminister Reichsradikaler und Mittelungen über den Justizminister Roth und den Münchener Polizeipräsidenten Voehner. Die Bayern stammten auf, und auch in preussischen Blättern fand sich lebhafter Kritik. Die preussische Regierung hat sich darum in einer besonderen Mitteilung mit dieser Angelegenheit befassen müssen. Das Ergebnis ist eine Erklärung, in der bedauert wird, daß der preussische Staatskommissar in einem anderen Lande Ermittlungen angestellt habe, ohne daß die Regierung dieses Landes darüber unterrichtet wurde. Es wird ferner bedauert, daß der Öffentlichkeit von diesen Ermittlungen Mitteilung gemacht wurde, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit erhielt, sich zum Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern. Und schließlich wird versichert, daß gegen eine Wiederkehr derartiger Vorkommnisse geeignete Vorkehrungen getroffen seien.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß diese Erklärung gewissermaßen den Vorgang, bei dem der Reichskanzler Dr. Wirth den Bericht des Staatskommissars bekannt gab, nicht ganz anerkennend behandelt. Vielleicht wäre auch, so vermutet man, der Bericht des Staatskommissars anders abgefaßt worden, wenn die alsbaldige Veröffentlichung vorausgesetzt worden wäre. Es kann nicht übersehen werden, daß die preussische Regierungserklärung dem Staatskommissar eine Art Mißtrauen ausdrückt, das noch verstärkt wird durch die übereinstimmende Feststellung,

daß das preussische Staatsministerium selber von den Ermittlungen des dem preussischen Minister des Innern unterstellten Staatskommissars erst durch die Verlesung durch den Kanzler Kenntnis erhalten hat. Staatskommissar Dr. Weismann war zu seinen Ermittlungen sicherlich verpflichtet, aber man findet es bedauerlich, daß er anscheinend Berichte seiner Unterorgane etwas allzu gläubig aufgenommen hat, und schließlich sogar ein Jahr später (die Berichte stammen aus dem Sommer 1920) in einem dienstlichen Bericht an den Kanzler verriet. Dr. Wirth mußte annehmen, daß ein ihm erstatteter Bericht jederzeit erweisliche Wahrheiten enthalte. Man könnte allenfalls darum streiten, ob sich Dr. Wirth einen Bericht über Bayern nicht durch den Reichskommissar für öffentliche Ordnung hätte geben lassen sollen. Dadurch wäre die Aufregung der Bayern wenigstens nach der Richtung unterbunden worden, daß ein preussischer Beamter dem Kanzler Material über einen anderen Bundesstaat liefere. Doch das hätte nur eine formale Bedeutung gehabt; denn der Reichskommissar für öffentliche Ordnung hätte sich ja auch nur auf einen Bericht des Dr. Weismann stützen können.

Welche Folgen die durch den plötzlichen Gang der Ereignisse erzwungene Stellungnahme der preussischen Regierung noch haben wird, weiß niemand. Offenlich kommt nun nicht zu dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich noch ein solcher zwischen Preußen und dem Reich hinzu. Deutschland könnte das nicht vertragen. Man kann deshalb allen Beteiligten nur zurufen: Einigt euch! Vergleicht euch! Und sollte zu diesem Zweck auch schließlich der Staatskommissar Dr. Weismann die Konsequenzen eines notwendigen Personenwechsels zu tragen haben, so müßte das im Interesse des Ganzen eben getragen werden.

## Centralismus oder Föderalismus.

Berlin, 19. September.

Staatskommissar Dr. Weismann hat, wie hier verlautet, einen neuen Bericht über die Lage ausgearbeitet, den er der preussischen Regierung übermitteln hat. Die preussische Regierung wird diesen Bericht an die bayerische Regierung weitergeben. Von einer Absicht des Staatskommissars, sein Rücktrittsgesuch einzureichen, könne in diesem Augenblick nicht gesprochen werden. Der amtliche preussische Pressedienst betont in einer Erklärung, der preussische Ministerpräsident habe deutlich genug hervorgehoben, daß es die preussische Regierung nicht für angebracht hält, jetzt den Streit um die Weimarer Verfassung, d. h. um die Frage, ob Centralismus oder Föderalismus, worauf verschiedene Kreise in München und Berlin hindrängen, zum Austrag zu bringen.

## Zurückziehung der Ruhrarmee.

Eine Note der französischen Regierung.

Nachdem Belgien mit der Rückberufung seiner für den Fall der Besetzung des Ruhrgebietes vorgeschobenen Truppen vorangegangen ist, scheint auch Frankreich trotz aller Winkelzüge das Dasein der für den genannten Zweck aufgestellten Truppenkörper nicht mehr rechtfertigen zu können.

Die französische Regierung hat am 17. September an die deutsche Regierung folgende Note gerichtet: „Die französische Regierung hat die Zurückziehung der im Mai dieses Jahres in das besetzte Gebiet entsandten Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor dem Ende dieses Monats beendet sein.“

Die militärischen Sanktionen im Rheinland werden nach wie vor aufrechterhalten, nur die besonders zur Besetzung des Ruhrreviers bestimmten Militärverbände gehen zurück.

## Beforgnisse vor dem Marksturz.

Kommen in einem Artikel des „Petit Parisien“ zum Ausdruck. Das Blatt schreibt, anscheinend von maßgebender Stelle informiert, der ungeheure Marksturz gehe auf die fortgesetzten deutschen Devisenkäufe zurück und betont, daß die Goldmilliarde, die Deutschland jetzt bezahlt hat, 30 Milliarden Papiermark entspreche. Wenn immer davon gesprochen werde, daß Deutschland einem betrügerischen Bankrott entgegenstehe, so sei dem entgegenzuhalten, daß die Geschäftsleute sich im allgemeinen nicht mit derartigen Andereien abgaben. Gerade jetzt wären in Deutschland Verhandlungen zwischen der Regierung und bedeutenden industriellen und finanziellen Gruppen im Gange, dem Reich nach Möglichkeit bei der Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen zu helfen, indem als Gegenleistung lediglich gewisse Steuererleichterungen und der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung verlangt werde.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Englische Schritte gegen die „Sanktionen“.

Von London aus wird behauptet, daß das Londoner Auswärtige Amt in Paris Vorstellungen wegen der Fort-

bauer der Sanktionen erhoben hat. Auch der Pariser „Temps“ weiß zu melden, daß die französische und die englische Regierung vollkommen einig seien in der Auffassung, daß die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland nicht mehr mit der bedingungslosen Zustimmung zur Ausübung einer internationalen Kontrolle über die Ausgabe von Ein- und Ausfuhrzertifikaten im Rheinland in Verbindung gebracht werden soll. Von dem zwischen Paris und London bestehenden völligen Einverständnis sei die deutsche Regierung bereits unterrichtet worden.

Maßnahmen gegen die Presse im besetzten Gebiet.

Die Internationalisierte Rheinlandkommission in Koblenz hat beschlossen, die Einführung derjenigen Organe ins besetzte Gebiet endgültig zu unterlagen, die schon zweimal verboten worden sind und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung getragen haben. Die Kommission hat den deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt.

Zachsen-Thüringen als Einheit?

Anlässlich der Thüringer Wahlen war von einem angeblichen Plane gesprochen worden, Sachsen und Thüringen zu einer Einheit gegen Bayern zu verschmelzen. Der sächsische Ministerpräsident Bueh hat auf eine Anfrage dazu folgende Auskunft erteilt: „Die Regierung hat mit dieser Frage sich zu beschäftigen bisher noch keinen Anlaß gehabt. Meine Politik ging von jeder dahin und geht auch jetzt noch dahin, alles zu tun, um die Einheitlichkeit des Reiches zu erhalten. Die Verschmelzung aller Teile des Reiches zu einem Ganzen muß die vornehmste Aufgabe aller Regierungen sein. Welche Mittel und Wege dabei zu beschreiten sind, schreibt einzig und allein Artikel 18 der Reichsverfassung vor.“

Dr. Stresemann für verbreiterte Regierungsbasis.

Auf dem westfälischen Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann über die politische Lage. Er betonte die Notwendigkeit einer Politik der Mitte und einer breiten Koalition. An der Politik des Reichskanzlers Dr. Wirth übte Stresemann vielfache Kritik. Mit Bayern müßte Verständigung gefunden, jede Bestrebung, Franken von Bayern loszulösen, müsse vermieden werden. Notwendig sei aber auch ein hartes Bröckchen der Deutschen Nationalen von den rechtsradikalen Elementen. — Gerade als Abg. Stresemann die Rednertribüne verlassen hatte und Abg. Dr. Hugo diese betrat, wurde ein Pistolenschuß durch die Fenster nach der Richtung der Tribüne abgegeben. Getroffen wurde niemand.

Deutsche Rücklieferung von Flussschiffen.

Die Reparationskommission veröffentlicht einen Bericht über die deutschen Rücklieferungen von Flussschiffen an die Alliierten. Ein amerikanischer Schiedsrichter bestimmte, daß die Abtretungen keinesfalls 20 Prozent der Gesamtzahl der deutschen Flussschiffe bis zum 1. November 1918 überschreiten dürften. Die belgische und die französische Regierung haben mit Deutschland Vereinbarungen getroffen, einen Teil der alten Flussschiffe, die zu ersetzen sind, durch neue zu ersetzen. Es handelt sich um ungefähr 100 000 Tonnen Schiffsraum als Gegenleistung für die französischen und um 68 000 Tonnen für die belgischen Verluste.

Rückgabe an Eisenbahnmateriale.

Bis zum 31. August 1921 einschließlich sind insgesamt gemäß Artikel 238 des Friedensvertrages zurückgegeben: In Belgien: 10 567 Staatsbahnwagen, 208 Privatwagen. In Frankreich: 5107 Staatsbahnwagen, 599 Privatwagen und 14 481 Fahrzeuge.

Die industrielle Goldbeschaffung fraglich geworden?

Die Besprechungen über die Beschaffung einer Goldanleihe für das Reich durch Industrie und Handel in Berlin gehen weiter. Doch sollen, wie unterrichtete Quellen wissen wollen, die Aussichten ungünstiger geworden sein infolge scharfer Angriffe, die von links gegen den Plan gerichtet wurden. Man wolle jetzt, wie behauptet wird, zunächst die Ergebnisse des Görlicher Parteitages abwarten.

Dolien.

× Drohnote an Rußland. Der polnische Gesandte in Moskau hat dem Volkstümlichen Lichtsicherin eine Verbalnote überreicht, in der die polnische Regierung festhält, daß die polnisch-russischen Beziehungen trotz des Friedensschlusses viel zu wünschen übrig lassen. Die Sowjetregierung habe ihre aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Verpflichtungen bisher in keiner Weise erfüllt. Entgegen den Bestimmungen des Vertrages befänden sich noch zehntausend Gefangene und dreitausend Geiseln in russischen Konzentrationslagern. Die polnische Regierung fordert 1. Entlassung aller Gefangenen und Geiseln und Erfüllung der Abmachungen über die Reparation. 2. Veltung der ersten Rate der im Vertrage vorgesehenen Zahlungen. 3. Sofortiger Zusammentritt der Reparationskommission und Einstellung der Verschleuderung polnischen Eigentums. In dem Wunsch, die polnisch-russischen Beziehungen günstig zu gestalten, ersucht die polnische Regierung um Erfüllung vorstehender Punkte bis spätestens 1. Oktober.